

Pressemitteilung**Frankfurt University of Applied Sciences****Sarah Blaß**

13.10.2020

<http://idw-online.de/de/news755779>Forschungsergebnisse, Forschungsprojekte
Ernährung / Gesundheit / Pflege, Gesellschaft
überregional**Umgang mit Drogen in der Öffentlichkeit: Welche Herausforderungen ergeben sich für die Sicherheit in Städten?****Institut für Suchtforschung der Frankfurt UAS evaluiert Maßnahmen und entwickelt Handlungsempfehlungen zur Schadensminimierung/offene Drogenszenen Frankfurts im Fokus**

Ein Team rund um Prof. Dr. Heino Stöver, geschäftsführender Direktor des Instituts für Suchtforschung (ISSF) an der Frankfurt University of Applied Sciences (Frankfurt UAS), hat sich mit der Sicherheit in urbanen Räumen in Bezug auf die offene Drogenszene auseinandergesetzt. Im Rahmen des Förderprogramms „Forschung für die zivile Sicherheit 2012 bis 2017“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) fokussierte das ISSF hierfür die spezifischen sozialen Probleme des öffentlichen Konsums von illegalen Substanzen im Bereich des Frankfurter Bahnhofsviertels. Im Verbundprojekt „Drugs and Urban Security“ (DRUSEC) wurden verschiedene Aspekte der Bedeutung von (halb-)öffentlichem Alkohol- und Drogenkonsum für die zivile Sicherheit in den Blick genommen. Das vom ISSF durchgeführte Teilvorhaben hat mit einem Mix aus quantitativen und qualitativen Methoden der Sozialforschung untersucht, wie „subjektive“ Risikowahrnehmungen und „objektive“ Sicherheitsrisiken im Frankfurter Bahnhofsviertel miteinander zusammenhängen. Zudem wurden die Drogenkonsumräume in Frankfurt am Main untersucht, die sich als besonders wirksames Instrument erwiesen haben: sowohl um den öffentlichen Raum zu entlasten, als auch um Konsumierenden einen möglichst sicheren Konsumvorgang zu ermöglichen.

„Der gesellschaftliche Umgang mit der offenen Drogenszene hat sich seit den 1990er-Jahren stark gewandelt, da klar wurde, dass ein rein repressiver Umgang mit der Szene nicht die gewünschten ordnungspolitischen Effekte hatte. Mit über 1.000 Drogenabhängigen, die sich täglich in der Taunusanlage aufhielten und offen konsumierten, hatte das Drogenproblem Ende der 80er-, Anfang der 90er Jahre seinen Höhepunkt in Frankfurt erreicht. Besonders unter dem Druck der zunehmenden HIV-Infektionen und Drogentodesfälle wurde hier ein pragmatischer und akzeptierender drogenpolitischer Ansatz ausgearbeitet. Seitdem ist der Umgang mit Drogenabhängigkeit zu einem wichtigen Gegenstand des komplexen Zusammenhangs aus Politik, Polizei, Justiz, Prävention und Zivilbevölkerung geworden“, erklärt Stöver. Es sei eine Vielzahl unterschiedlicher Instrumente entwickelt worden, um den öffentlichen Raum zu entlasten, einen möglichst progressiven Umgang mit den lokalen Szenen zu entwickeln und das Zusammenleben von Zivilbevölkerung und offener Szene möglichst reibungslos zu gestalten. Von diesen Instrumenten hätten sich insbesondere Drogenkonsumräume (DKR) als ein wirksames Mittel für alle Beteiligten herausgestellt. „Nichtsdestotrotz kommt es häufig zu Beschwerden etwa von Gewerbetreibenden oder zu negativen medialen Berichterstattungen, die ein Bild von der Gefahr zeichnen, die von Konsumierenden illegalisierter Substanzen ausgeht“, betont Stöver.

Stövers Team führte 171 quantitative Interviews und 13 qualitative Interviews. Dabei wurden sowohl Anwohner/-innen als auch Expertinnen und Experten befragt, darunter auch Personen aus dem Projekt „Offensive Sozialarbeit, Sicherheit, Intervention und Prävention (OSSIP)“, die auf der operativen Ebene tätig sind oder leitende Positionen besetzen. OSSIP ist Teil des „Frankfurter Weges“; Ziel ist es, ein möglichst störungsfreies Miteinander zwischen Konsumierenden illegalisierter Drogen und Bürger/-innen zu erreichen. Zudem nutze Stöver neue Methoden aus der Humangeographie, um die subjektive Wahrnehmung von Konsumierenden illegalisierter Substanzen darstellbar zu machen.

Die vom ISFF generierten Ergebnisse bestätigen, dass subjektive Sicherheitswahrnehmungen sich von objektiven Sicherheitsrisiken unterscheiden und unterschiedliche Parameter wie Gender, Kultur, Alter und Tageszeiten die Wahrnehmung von (Un-)Sicherheit stark beeinflussen. So verstärkt sich die subjektive Sicherheitswahrnehmung des Frankfurter Bahnhofsviertels beispielsweise mit der Häufigkeit der Nutzung dieses Raumes. Außerdem konnte festgestellt werden, dass zentrale Risiken (z.B. Gewalt, Beleidigungen, sexistische Übergriffe) in diesem von Männlichkeit dominierten Raum für die Zivilbevölkerung geschlechtsunabhängig nicht von der offenen Drogenszene, sondern insbesondere von alkoholisierten Männergruppen ausgehen. Die Befragten waren sich einig, dass alkoholisierte Männer ein wesentlich höheres Sicherheitsrisiko darstellen als Konsumierende illegalisierter Substanzen. Das Bahnhofsviertel wird als Ausgehviertel genutzt: alkoholisierte Männer gibt es zu jeder Tages- und Nachtzeit, insbesondere aber abends und am Wochenende. Sowohl die befragten Anwohnenden, aber auch die befragten Konsumierenden gaben an, sexistische und/oder gewalttätige Übergriffe erfahren zu haben. Es sollte daher laut Stöver ein ordnungspolitischer Umgang mit alkoholisierten Männern stärker fokussiert und gezielter gegen sexistische Übergriffe vorgegangen werden. Der Großteil an Unsicherheitswahrnehmungen bezieht sich auf städte- und ordnungspolitische und weniger auf drogenpolitische Themenfelder (z.B. Obdachlosigkeit, Vermüllung, Rotlicht, Strafverfolgung). „Eine Intensivierung der repressiven Drogenpolitik, wie sie insbesondere in der medialen Öffentlichkeit seit Jahren vermehrt gefordert wird, scheint daher nicht ratsam“, so Stöver. Es bestehe allerdings Bedarf, die Strategien und Angebote anzupassen bzw. zu verbessern. Hierbei stimmen die Einschätzungen und Verbesserungsvorschläge von Konsumierenden, Nutzer/-innen und Expertinnen und Experten in den meisten Punkten überein: Grundsätzlich sollte Drogenabhängigkeit gesamtgesellschaftlich als Erkrankung akzeptiert werden und die existierenden Hilfsangebote im Sinne des neuen Bundesteilhabegesetzes (BTHG) Vermittlungs- und Nutzungsbarrieren für alle psychisch erkrankten Personen – auch Drogenkonsumierende – abbauen. Aus den im Laufe des Projektes erhobenen und ausgewerteten Daten lassen sich praktische Schlüsse für Drogenhilfe, Prävention und (lokale) Drogenpolitik ziehen.

Bei 80 Prozent der Drogendelikte handelt es sich um sog. konsumnahe Delikte, d.h. Mengen zum Eigenbedarf (Bundeskriminalamt 2020), die die Ressourcen der polizeilich-repressiven Strategie binden. Gleichzeitig sind die Erfolge dieser Strategie im Bereich der Betäubungsmittel umstritten. Für die befragten Personengruppen ließ sich keine Verbesserung im Sicherheitsempfinden durch die Fokussierung der strafrechtlichen Verfolgung konsumnaher Delikte feststellen. Vielmehr wurden Konsumierende illegalisierter Substanzen selten als ein Faktor im subjektiven Sicherheitsempfinden beschrieben: Expertinnen und Experten und befragte Anwohnende und Nutzende des öffentlichen Raumes waren sich einig, dass von den Konsumierenden selbst oft keine Gefahr ausgeht. „Frankfurt bzw. Hessen sollte sich für die Regulierung der illegalisierten Substanzen für den Eigenbedarf einsetzen“, fordert Stöver. Es fehlten zudem konkrete Vereinbarungen mit der Polizei, um die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Drogenhilfe und Strafverfolgung sowie Ordnungsamt zu verbessern. Interaktionen, sowie Ablauf, Örtlichkeiten und Zeiten potenzieller Kontrollen sollten konkret konzeptionell festgelegt werden, um Missverständnisse und Kommunikationslücken in der Zusammenarbeit zu beseitigen. Die Wahrnehmung von Kontrollen und Präsenz der Polizei rund um die Drogenkonsumräume (DKR) hat in den vergangenen Jahren zugenommen, was einige Konsumierende daran hindert, das Angebot der DKR tatsächlich zu nutzen. Um eine sichere Nutzung der DKR von Konsumierenden gewährleisten zu können, sollten Polizeipräsenz und -kontrollen im Umfeld der DKR reduziert, aber vor allem reglementiert werden.

Während das wahrgenommene Unsicherheitsrisiko vor allem im Zusammenhang mit Alkoholkonsum und Männlichkeit beschrieben wurde, wurde das sichtbare Elend im Bahnhofsviertel eher als ein wichtiger Faktor für das subjektive Unwohlsein beschrieben. Dies hängt vor allem mit der Abwesenheit von Schlaf- und Aufenthaltsorten für Konsumierende und Obdachlose zusammen. Daher sollten die bestehenden Hilfeeinrichtungen im Bahnhofsviertel mehr Schlafplätze für wohnungslose Personen zur Verfügung stellen und ein Angebot der Nutzung von Tagesruhebetten und Aufenthaltsorten für den Tag vorhalten und sich so an die Lebenssituation der Nutzenden anpassen. Zudem sollten, um den Konsumierenden einen vom öffentlichen Raum separierten Aufenthaltsort neben der Möglichkeit des Drogenkonsums zu bieten, ansässige Hilfeeinrichtungen Außenflächen oder Innenhöfe als Schutzraum zum Aufenthalt für Nutzer/-innen zur Verfügung stellen. So könnte der öffentliche Raum unmittelbar vor den DKR entlastet werden.

Grundsätzlich ist deutlich geworden, dass die bestehende Struktur der DKR einen erhöhten und sich verändernden Bedarf nicht mehr ausreichend abdecken kann. Daher ist zunächst die Einrichtung eines weiteren DKR angeraten. Dieser sollte außerhalb des Bahnhofsviertels liegen, um die Szenebildung innerhalb des Viertels zu entzerren und einen alternativen Nutzungsraum anzubieten. Zudem sollte mindestens ein DKR rund um die Uhr geöffnet haben. Alternativ könnte auch ein mobiler DKR etabliert und für etwaige Schließzeiten oder bei Hochfrequentierungen zusätzlich eingesetzt werden. Zudem steigt seit einigen Jahren der inhalative Konsum an. Da die DKR vor allem auf den intravenösen Konsum ausgerichtet sind, wird hier zunehmend eine Veränderung der Bedarfslage beobachtbar. Sowohl von Seiten der Expertinnen und Experten, als auch von Seiten der Konsumierenden wird daher die Einrichtung niedrigschwelliger Konsumplätze für den inhalativen Konsum angeregt.

Um das erhöhte Infektionsrisiko durch Konsum im öffentlichen Raum zu minimieren, sollten mindestens an zwei Stellen im öffentlichen Raum Spritzenautomaten sowie sichere Spritzenabwurfbehälter aufgestellt werden. Ein möglicher Ausweg aus der Suchterkrankung könnten Zugänge zur Opioidsubstitutionsbehandlung (zum Beispiel durch mobile Vermittlung/Substitutionsambulanzen) sein. Dies gilt vor allem für die Übergänge Haft-Freiheit und bei (noch) nicht-vorhandener Krankenversicherung oder einem nicht-vorhandenen Aufenthaltsstatus. Hierfür müssen zudem die Netzwerke zwischen Krankenkassen, Justizvollzugsanstalten, Drogenhilfe/Streetwork und Substitutionsmediziner/-innen/Ambulanzen verbessert werden. Auch sollte der Zugang zu Diamorphinbehandlung als frei wählbare Substitutionsmöglichkeit vereinfacht und ausgebaut werden. Diamorphin sollte hierfür niedrigschwellig – auch in Tablettenform – verabreicht werden können.

Um einen alternativen Aufenthalt zu Lagerungen auf dem Boden schaffen zu können, und den öffentlichen Raum im Bahnhofsviertel städtebaulich attraktiver zu machen, sollten mehr Grünflächen bzw. nutzbare Außenflächen zum Aufenthalt für alle geschaffen werden. Leerstand und Privatisierung von Wohngebäuden im Quartier sollte stärker entgegengewirkt werden, um Möglichkeiten für mehr Wohnraum und Wohnkonzepte für wohnungslose Personen zu schaffen.

Zum Institut für Suchtforschung Frankfurt am Main (ISFF):

Das Institut für Suchtforschung an der Frankfurt UAS arbeitet seit 1997 an der Weiterentwicklung zielgruppenspezifischer und lebensweltnaher Prävention, Beratung und Behandlung von Suchterkrankungen. Es erforscht Sucht in ihren verschiedenen Erscheinungsformen sowie die mit Sucht in Zusammenhang stehenden Probleme und Aspekte. Das Institut fördert den Ausbau von interdisziplinären Beziehungen zu Kooperationspartnern auf nationaler und internationaler Ebene. Forschungsprozesse und -resultate finden in Studium und Lehre Berücksichtigung.

wissenschaftliche Ansprechpartner:

Frankfurt University of Applied Sciences, Fachbereich 4: Soziale Arbeit und Gesundheit, Prof. Dr. Heino Stöver, Telefon: +49 69 1533-2823, E-Mail: hstoeve@fb4.fra-uas.de

URL zur Pressemitteilung: <https://www.sifo.de/de/bewilligte-projekte-aus-der-bekanntmachung-zukuenftige-sicherheits-in-urbanen-raeumen-2271.html>

URL zur Pressemitteilung: <https://drusec.hypotheses.org/category/publications/reports>

URL zur Pressemitteilung: www.frankfurt-university.de/isff

URL zur Pressemitteilung: www.frankfurt-university.de/fb4